„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur der Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Postdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Haushalt-Zeitung“, sowie dem illustrirten Witzblatt „ULK“, der fruktl. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Lieferung vierteljährlich 6 M. monatlich 2 M.). — Inserate 35 Pf. die 5gespaltene Zeile 30 Pf. („General-Anzeiger“ 50 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Postdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 383. Berlin, Sonntag, den 31. Juli 1898. XXVII. Jahrgang.

Fürst Bismarck †

Friedrichsruh, 30. Juli. (W. T. B.) Fürst Bismarck ist heute Abend 11 Uhr gestorben.

Die letzten Stunden des Fürsten.

Während alle Mittheilungen, die aus Friedrichsruh in den letzten Tagen an die Oeffentlichkeit kamen, den Anschein erweckten, als ob in Betreff des Befindens des Fürsten Bismarck keinerlei Grund zur Beunruhigung vorliege, änderte sich am gestrigen Sonnabend Nachmittag plötzlich das Bild. Nachrichten, die geeignet waren, die größte Aufregung hervorzurufen, wurden uns durch den Telegraphen übermittelt.

Wir geben die uns zugegangenen Depeschen im Nachstehenden in der Reihenfolge, in der sie uns zugegangen sind, wieder:

DC Hamburg, 30. Juli, 4 Uhr 46 Min. Nachm. (Privat-Telegramm.) Aus Friedrichsruh kommt die Mittheilung, daß der Fürst gestern an der Familientafel nicht theilgenommen hat. Er war im Bett geblieben. Sein Befinden war ziemlich gut. Graf Wilhelm Bismarck reiste heute Nachmittag mit seiner Gemahlin nach Königsberg ab. Geheimrath Schweninger ist schon gestern abgereist.

DC Hamburg, 30. Juli, 5 Uhr 34 Minuten Nachm. (Privat-Telegramm.) Wie aus Friedrichsruh gemeldet wird, trat im Befinden des Fürsten Bismarck um 3 Uhr plötzlich eine bedeutende Verschlimmerung ein. Es schien, als ob **das Schlimmste jeden Augenblick zu erwarten sei.** Im Schloß herrscht große Bestürzung, da Professor Schweninger abwesend ist.

Hamburg, 30. Juli. (W. T. B.) In den späteren Nachmittagsstunden verbreiteten sich wieder **sehr beunruhigende Gerüchte** über das Befinden des Fürsten Bismarck. Obwohl dieselben von keiner Seite authentische Bestätigung erfuhren, machten sie doch überall tiefen Eindruck. Professor Schweninger ist zur Zeit in Friedrichsruh nicht anwesend; auch Graf Wilhelm Bismarck ist heute von dort abgereist, so daß die Verschlimmerung im Befinden des Fürsten, falls die betreffenden Nachrichten sich bestätigen sollten, ganz plötzlich erfolgt sein müßte.

DC Hamburg, 30. Juli, 6 Uhr 36 Min. Nachmittags. (Privat-Telegramm.) Unsere Mittwochmeldung, daß im Befinden des Fürsten Bismarck diesmal eine **ernste Krisis** bestehe, war zutreffend. Die Anzeichen einer Besserung waren jedoch in dem Maße vorhanden, daß Professor Schweninger jede unmittelbare Gefahr als ausgeschlossen betrachtete. Heute Nachmittag nun trat plötzlich eine Verschlimmerung ein.

Hamburg, 30. Juli. (W. T. B.) Anschließend an die gemeldeten Gerüchte theilt der „Hamburgische Korrespondent“ mit, das Befinden des Fürsten Bismarck habe sich thatsächlich im Laufe des heutigen Tages **beträchtlich verschlimmert.** Die Umgebung des Fürsten sei von ernsten Befürchtungen ergriffen, zumal Professor Schweninger in Friedrichsruh nicht anwesend ist und erst dorthin gerufen werden mußte.

Hamburg, 30. Juli. (W. T. B.) Den **„Hamburger Nachrichten“** wird mitgetheilt, daß im Befinden des Fürsten Bismarck eine **ungünstige Wendung** eingetreten ist.

Friedrichsruh, 30. Juli, 10 Uhr 52 Min. Abends. (Privat-Telegramm.) Aus absolut zuverlässiger Quelle, der nächsten Umgebung des Fürsten, erfahre ich: Der Zustand des Fürsten Bismarck ist **hoffnungslos.** Der **Fürst ist zeitweise ohne Besinnung.** Soeben traf mit dem Zuge Schweninger ein. Er wurde am Bahnhof von den Söhnen des Grafen Rantzau empfangen und fuhr im schärfsten Galopp nach dem Schloß.

DC Hamburg, 30. Juli, 10 Uhr 58 Min. Abends. (Privat-Telegramm.) Der Zustand des Fürsten Bismarck ist seit 3 Uhr Nachmittags, wo **Bewußtlosigkeit** eintrat, unverändert.

Aus Anlaß des Dahinscheidens des großen Staatsmannes veranstalten wir eine Extra-Ausgabe, welche der heutigen Nummer des „Berliner Tageblatts“ beigelegt ist.

□ Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Die lippesche Thronfolgeangelegenheit ist noch keinen Schritt vorwärts gekommen. Man weiß nur jetzt bestimmt, daß das viel besprochene Telegramm wirklich existirt, man weiß ferner, daß der Graf-Regent in seinem Schreiben an den Kaiser die Frage der Ebenbürtigkeit der Besterselder und anderer regierender Linien berührte, und daß der ganze Streit sich schließlich um das Recht dreht, ob die Kinder des Graf-Regenten als successionsfähig gelten dürfen oder nicht. Solche juristischen Doktorfragen waren in Deutschland von jeher die Domäne wohlbestallter Professoren, die mit Gründen, so billig wie Brombeeren, in ellenlangen Konvoluten das Recht oder Unrecht des einen der streitenden Theile zu beweisen verstanden. Wer erinnert sich nicht aus den sechziger Jahren jener hochgelahrten Männer der Wissenschaft, die mit unumstößlichem Ernst die Rechtsansprüche des Hauses Oldenburg auf die schleswig-holst einsche Erbschaft zu vertreten wußten? Wer nicht jener preußischen Kronjuristen, deren Gutachten mit nicht minderem Aufwand von Gelehrsamkeit das Gegentheil zu erhärten in der Lage war? Man hat sich damals nicht weniger als jetzt in weiten Volkskreisen unmäßig für das „gute Recht“ erhitzt — aber Fürst Bismarck ließ die Professoren reden und die Weltgeschichte handeln, und seitdem sind dergleichen professorale Auseinandersetzungen einigermaßen in Mißkredit gekommen.

Dennoch wird man zugeben müssen, daß in der Art und Weise, wie der indiskret wenigstens theilweise enthüllte Meinungsaustausch zwischen dem Kaiser und dem Graf-Regenten zur öffentlichen Erörterung gestellt wurde, ein demokratischer Zug entdeckt werden kann. Was sonst ein strikles „Geheimniß der Kabinette“ blieb, wird heutzutage auf dem offenen Markte ohne sonderliche Scheu verhandelt, und nur Diejenigen fühlen sich peinlich berührt, welche in dem Vorgange eine Entweihung des mystischen Gottesgnadenthums, das sie verehren, erblicken müssen. Aber wie seinerzeit dem König von Hannover, dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzog von Nassau ihr Gottesgnadenthum sehr wenig nützte, als die Zeit ihrer weltgeschichtlichen Existenz endgiltig abgelaufen war, so wird man auch diesmal vergebens einen übernatürlichen Eingriff zum Schutze des Bestersfelder gottbegnadeten Erbrechts erwarten wollen, wenn sich dasselbe mit den Daseinsbedingungen des Reiches als unvereinbar erweisen sollte. Freilich befindet sich die Frage noch bei weitem nicht in diesem oder einem ähnlichen Stadium, und die hunderttiervundsechzigtausend Einwohner von Lippe-Detmold können beruhigt schlafen, denn Niemand denkt im Ernst daran, sie zu vergewaltigen. Aber sollte dieser Tag doch einmal unaufhaltsam erscheinen, so mögen sie sich mit den Schleswig-Holsteinern trösten, die im Laufe der Zeit so schön den Uebergang von der Treue zu dem angestammten Augustenburger zu der Treue für den nicht minder angestammten Hohenzollern gefunden haben.

Alle diese sehr ehrenwerthen, aber doch herzlich unbedeutenden politischen Gewissensfragen versinken in nichts neben den Möglichkeiten, die das neueste Circular des preußischen Ministers des Inneren an die Oberpräsidenten eröffnet. Herr v. d. Recke fühlt eine gewisse Wißbegierde in Bezug auf die Ursachen des Anwachsens der sozialdemokratischen Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen. Seine Organe sollen daher berichten, was sie darüber in Erfahrung zu bringen vermögen. Mit anderen Worten, die Oberpräsidenten sollen das Material beschaffen, das eventuell zur Begründung eines neuen Umsturzgesetzes benutzt werden könnte. Denn es steht außer Frage, daß es sehr einflußreiche Leute giebt, die selbst über die Köpfe von Kanzlern und Ministern hinweg die Erstrebung eines neue Märtyrer schaffenden Sozialistengesetzes für eine That im Sinne der allgemeinen Wohlfahrt erachten. Als ob Symptome wie das Anschwellen der sozialdemokratischen Wählerstimmen durch mehr oder minder drakonische Repressivgesetzgebungen aus der Welt zu schaffen wären! Derartige reaktionäre Bestrebungen haben jederzeit nur das Gegentheil von dem erreicht, was sie erzielen sollten, und die amtlichen Berichterstatter des Herrn v. d. Recke werden sicherlich diese geschichtliche Wahrheit umzustoßen nicht im Stande sein. Immerhin aber werden diese Kundgebungen für alle freigesinnten Elemente im preußischen Volke ein Sporn sein müssen, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in erhöhtem Maße ihre Pflicht zu thun. Im Reichstage, wie er gegenwärtig zusammengesetzt ist, finden Pläne für ein neues Umsturzgesetz ebenswenig eine Mehrheit wie bei seinem Vorgänger. Aber im preußischen Abgeordnetenhause, das das sogenannte „kleine Umsturzgesetz“ in der letzten Session nur mit einer Mehrheit von vier Stimmen zurückwies, wird es ganz darauf ankommen, wie die Neuwahlen ausfallen, ob die reaktionären Absichten gewisser Politiker von der Tagesordnung endgiltig abgesetzt werden oder nicht.

Es ist also in die Hand der Wähler gegeben, uns den inneren Frieden zu erhalten, während der Schutz des Friedens nach außen hin eine Frage der Diplomaten bleibt. Deutschland mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu verhetzen, scheint nach wie vor die Lieblingsbeschäftigung einzelner britischer Privatpolitiker zu sein. Diese Herren werden nicht müde, das deutsche Reich der merkwürdigsten Pläne, namentlich in Bezug auf die Philippinen, zu zeihen. So sollte das deutsche Kriegsschiff „Irene“ sich zum Nachtheil der Amerikaner in der Nähe von Manila eingemischt und die aufständischen Tagalen mit Gewalt gehindert haben, sich der in der Subigbai gelegenen Isla Grande zu bemächtigen. Was hat darüber nicht alles der geschäftige Draht zu melden gewußt! Da hieß es, es sei zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Admiral gekommen, die Union hätte alsbald eine energische Beschwerde nach Berlin gerichtet, die deutsche Reichsregierung ihrerseits habe in Washington durch Herrn v. Holleben Entschuldigungen stammeln und den Admiral in den philippinischen Gewässern desavouiren lassen, — und von alledem erwies sich auch nicht ein Sterbenswort als wahr. Das deutsche Schiff hatte lediglich einige nothleidende spanische Frauen und Kinder in Isla Grande abgeholt und sie an Bord genommen. Das war der nackte Thatbestand, um den die Phantasie übelwollender Reporter solche Legenden hatte emporranken lassen.

Allerdings scheint man in den Vereinigten Staaten gerade in Bezug auf die Philippinen von besonderer Feinfühligkeit zu sein. Dies trat insbesondere hervor, seitdem die spanische Regierung durch den französischen Botschafter in Washington, Herrn Cambon, der ihre Interessen vertritt, Friedenseröffnungen hatte machen lassen. Präsident Mac Kinley wies diese Eröffnungen nicht zurück, wenn er auch, wie natürlich, vor Vereinbarung eines Waffenstillstandes den Fortgang der kriegerischen Operationen nicht dadurch beeinflussen lassen wollte. Den Amerikanern ist natürlich daran gelegen, vor Eintritt in die offiziellen Friedensverhandlungen so viel vollzogene Thatsachen wie nur irgend möglich zu schaffen. Zu solchen schleunigst zu vollziehenden Thatsachen gehört auch die Eroberung von Portorico, die, nachdem General Miles auf der Insel gelandet, nur noch eine Frage weniger Tage sein kann; denn die spanischen Vertheidigungskräfte sind so schwach und überdies durch die Niederlage ihrer Waffengefährten auf Kuba so demoralisirt, daß an einen ernsten und hartnäckigen Widerstand kaum mehr zu denken ist.

Da Spanien zu Opfern bereit ist, so haben die Friedensbedingungen der Amerikaner wohl noch ein schmerzliches Befremden, aber kein heroisches Aufbäumen mehr hervorzurufen vermocht. In Madrid ist man resignirt, und nur die Carlisten werfen sich in die Pose der ehemaligen Gambettisten und versuchen, wie Jene einst in Frankreich, nun auch für Spanien den Krieg bis aufs Messer zu proklamiren. Aber die amerikanischen Forderungen sind insofern nicht sehr übertrieben, als sie, soweit bisher bekannt, keine pekuniäre Kriegsentschädigung stipuliren. Freilich, Kuba soll seine Unabhängigkeit erhalten, Portorico von der Union annektirt, die Ladronenuseln abgetreten und in den Philippinen eine Kohlenstation mit reicher Landausstattung zugestanden werden, — aber Geldverpflichtungen soll der Besiegte gegen den Sieger nicht zu erfüllen haben. Mit einem Wort, diese Forderungen erscheinen nicht allzu übertrieben, vorausgesetzt, daß den Amerikanern der Appetit nicht beim Essen kommt, und sie ihre Ansprüche nicht noch nachträglich steigern.

Denn was soll mit den Philippinen geschehen, deren halbbarbarische Insurgenten, wie man sagt, außer Stande sind, ein eigenes Staatswesen auf diesem Inselkomplex derart zu begründen, daß die zahlreichen europäischen Interessen durch das Tagalen-Regiment nicht geschädigt würden? In diesem Punkte ist die internationale Seite des spanisch-amerikanischen Konfliktes zu finden. Man sprach von einem europäischen Kongreß zur Ordnung dieses Theiles der Frage — allein es scheint, daß man in Washington nur wenig Lust verspürt, Europa ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, das man sich lieber selbst und allein vorbehalten möchte. Deshalb denkt man daran, sich über Manila und die umliegenden Inseln direkt mit Spanien zu verständigen, und es ist auch nicht mehr als billig, daß man in Amerika dem fliehenden Feinde goldene Brücken baue. Denn darum kommt auch der gewitzigste Yankee nicht herum, daß man den Spaniern bis zu einem gewissen Grade verpflichtet bleibt; weil, wie man auch darüber denken mag, die Thatsache, entdeckt worden zu sein, sie doch schließlich nur den Spaniern verdanken ...

In Paris hatte sich der neue Minister des Auswärtigen, Herr Delcassé, schon auf den Zusammentritt des Philippinen-Kongresses gefreut. Damit ist es nun wieder nichts. Man hätte in der französischen Republik vielleicht in einer solchen Diplomatenreunion einen Trost dafür gefunden, daß aus Anlaß der Zola-Dreyfus-Picquart-Affäre die anderen Nationen den Franzosen fast einstimmig wetzgehende Mißtrauensvota ertheilen. Die Republik des Herrn Felix Faure, der es so überaus schwer wird, der Gerechtigkeit unbeeinflußt freien Lauf zu lassen, hat das Prestige des Volkes, das sich einst mit so viel Stolz „la grande nation“ nennen durfte, nicht eben vermehrt. Die neuesten Maßregelungen Zolas durch den Großrath der Ehrenlegion und einzelner Universitätsprofessoren durch den Unterrichtsminister Bourgeois haben den Zündstoff noch vermehrt, der ohnehin schon im Uebermaß angehäuft war.

Selbst der große Freund und Verbündete der Republik, Zar Nikolaus II., soll bedenklich das Haupt geschüttelt haben, als er die letzten Ausflüsse des Hasses der Dreyfus-Gegner in der französischen Regierung erfuhr. Wärmer sind jedenfalls die Beziehungen zwischen Petersburg und Paris durch diese Vorgänge nicht geworden. An der Newa menagirt man freilich den Freund von Kronstadt und Toulon, da man ihn früher oder später als Gegengewicht gegen England ausspielen zu können hofft, aber man tröstet sich inzwischen über die verringerte Intimität durch die Gastfreundschaft, die man dem Fürsten von Bulgarien und dem König von Rumänien angedeihen ließ. Fürst Ferdinand, der sich auf ein königliches Gastgeschenk Rechnung gemacht, kam dabei allerdings nicht auf seine Kosten, aber König Karol, der nichts von den Russen will, ist dafür um so mehr mit — Ehren bedacht worden.

* Ein **Blatt ins Stammbuch der Agrarier** ist eine von der Berliner Fleischerinnung veröffentlichte, im Inseratentheil der vorliegenden Nummer abgedruckte Erklärung, in der es heißt:

„Wenn in nächster Zeit die Fleischereigewerbetreibenden Berlins — um ihre Existenz aufrecht zu erhalten — veranlaßt werden, die Verkaufspreise von Wurst- und Fleischwaaren zu erhöhen, so sind dieselben durch die verhältnißmäßig hohen Preise auf dem hiesigen Viehmarkt hierzu gezwungen. Eben nicht die Grenzen für die

Hierzu Ziehungs-Liste Nr. 22, sowie für die Berliner Abonnenten Deutsche Lesehalle Nr. 31.